



ÖSTERREICHISCHE HOCHSCHÜLERSCHAFT

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Wien, 1986-06-16
go/wie/479

Stubenring 1
1010 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	38 GE 9/86
Datum:	18. JUNI 1986
Verteilt:	20. JUNI 1986

Betr.: Z1.35.401/8-2/86
Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das
Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird.

L. Haupt

STELLUNGNAHME DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERSCHAFT

Die Österreichische Hochschülerschaft erstattet zu obigem Gesetzesentwurf innerhalb der gewährten Frist folgende

Stellungnahme

I.

Der Entwurf beruft sich in seinen erläuternden Bemerkungen ausdrücklich auf die "Untersuchung über die ausländischen Arbeitskräfte in Österreich" des Institutes für höhere Studien, Wien, 1985 und nimmt zu Recht auf die sozialen Veränderungen innerhalb der Ausländer in Österreich durch den Familiennachzug Rücksicht.

Wie die erläuternden Bemerkungen selbst aussprechen, ist die vorgesehene Novelle jedoch bewußt vorsichtig gehalten. So bleiben beispielsweise die in obiger Studie ausgeführten verfassungsgerichtlichen Bedenken hinsichtlich der Bestimmungen des § 12 Abs 1 und § 14 Abs 1 lit e Ausländerbeschäftigungsgesetz (Untersuchung über die ausländischen Arbeitskräfte in Österreich, Endbericht, Band II, Seite 389, IHS Wien 1984) gänzlich unberührt.

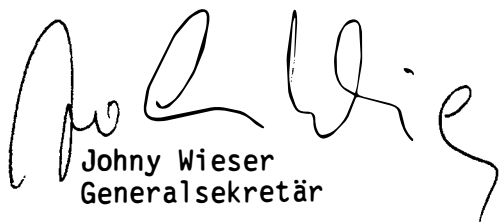
- 2 -

Die Österreichische Hochschülerschaft begrüßt jedoch ausdrücklich, daß durch die geplante Liberalisierung der Bestimmungen über den Befreiungsschein Ausländern, die in Österreich bereits integriert sind, eine leichte Sicherung ihrer Existenz und damit ein menschwürdigerer Aufenthalt in Österreich ermöglicht werden soll.

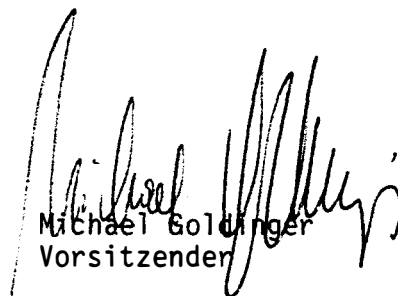
II.

Diese restriktive Praxis im Hinblick auf Neuzugänge, die durch die vorgesehene Novelle nur noch verstärkt werden kann, trifft im besonderen Ausmaß ausländische Studierende in Österreich. Gerade diese sind in hohem Maß darauf angewiesen, als Werkstudenten zur Finanzierung ihres Studiums selbst beizutragen. Durch die nunmehr zu erwartende Verschärfung der oben dargestellten Situation ist zu befürchten, daß ausländische Studierende zur Gänze vom Arbeitsmarkt gedrängt werden. Eine solche Praxis würde jedoch mit der grundsätzlichen Gleichstellung von ausländischen mit inländischen Studierenden, die diese auf Hochschulboden erfahren, im Widerspruch stehen.

Die Österreichische Hochschülerschaft regt daher an, daß bei einer Novelle des Ausländerbeschäftigungsgesetzes im Hinblick auf eine grundsätzliche Gleichstellung der Ausländer auf Universitätsboden die besondere Situation ausländischer Studentinnen und Studenten durch Sonderbestimmungen berücksichtigt werden möge.


Johnny Wieser
Generalsekretär




Michael Goldinger
Vorsitzender